

**Marsinah-Prozeß: Immer mehr Widersprüche**

Der bisherige Verlauf gegen die neun Angeklagten im Marsinah-Prozeß (vgl. SOAI 3/93) zeigt immer deutlicher, daß die Militärbehörden versuchen, ihre eigene Verwicklung in den Fall zu vertuschen. Im Verfahren gegen den Hauptangeklagten, den Fabrikbesitzer Yudi Susanto, für den Marsinah arbeitete, stellte sich nun heraus, daß die Autopsie der Leiche Marsinachs unzureichend und der Bericht darüber widersprüchlich ist. Der von der Verteidigung bestellte Gutachter Dr. Abdul Mun'im Idris, bemängelte, daß die Obduktion unvollständig gewesen sei und man deshalb aufgrund der Berichte weder eine Aussage über die Todesursache noch über den Zeitpunkt des Todes machen könne. Dies ist nur die jüngste in einer langen Reihe von Ungereimtheiten, die die angebliche Aufklärung des Mordes begleiten.

Marsinah war im Mai letzten Jahres als Streikführerin von örtlichen Militärs verhaftet und zum Verhör gebracht worden. Danach blieb sie verschwunden, bis einige Tage später ihre verstümmelte Leiche ca. 100 km von der Fabrik entfernt aufgefunden wurde. Die Sicherheitsbehörden waren monatelang nicht in der Lage, den

Fall aufzuklären, bis im September eine Sonderkommission aus Jakarta innerhalb weniger Wochen neun Verdächtige und eine dazu passende Anklage präsentierte. Es handelte sich dabei um den genannten Besitzer der Uhrenfabrik, die Personalleiterin Mutiari, den Betriebsleiter Yudi Astono sowie einige Angehörige des Werkschutzes. Die später angeklagten Personen waren am 1.10. von der Geheimdienstabteilung (intel) des Territorialkommandos der Armee entführt und bis zum 19.10. "incommunicado" (Einzelhaft) gehalten worden. In einem Pressecommuniqué, das mit der Überstellung der Verdächtigen an die Staatsanwaltschaft veröffentlicht wurde, behauptete die Kommission, die neun hätten gemeinschaftlich den Mord an der Arbeiterin geplant und im Haus des Fabrikbesitzers verübt. Dessen Hausangestellte wurden als Belastungszeugen präsentiert.

Im Verlauf des Prozesses widerriefen die Angeklagten ihre Geständnisse, da sie durch Folter erzwungen worden seien. Die neu gegründete Nationale Kommission für Menschenrechte untersuchte die Vorwürfe der Angeklagten



Die Angeklagten im Marsinah-Prozeß werden zum Gerichtshof in Sidoarjo gebracht.

aus: AW v.23.3.94, S. 28

und bestätigte weitgehend ihre Richtigkeit. Auch die als Belastungszeugen präsentierten Hausmädchen widerriefen in der mündlichen Verhandlung ihre schriftlichen Einlassungen. Die vorsitzenden Richter in den zwei bisher abgeschlossenen Verfahren weigerten sich jedoch beharrlich den Widerruf der Geständnisse sowie der Zeugenaussagen zur Kenntnis zu nehmen und statt dessen die Aussagen der mündlichen Verhandlung für die Urteilsfindung heranzuziehen. Auch der Bericht der Menschenrechtskommission wurde nicht als Beweismittel zugelassen. Mittlerweile wurde Mutiari zu 7 Monaten Haft we-

gen Nicht-Melden einer Straftat verurteilt, befindet sich aber wieder auf freiem Fuß, da die Untersuchungshaft angerechnet wurde. Drei andere Angeklagte wurden wegen Beteiligung am Mord zu 12 Jahren Haft verurteilt. Für Prozeßbeobachter steht längst fest, daß alle Angeklagten unschuldig sind, und es sich bei dem Verfahren um eine juristische Konstruktion handelt, die Rechtsstaatlichkeit vortäuschen und zugleich die eigentlichen Hintermänner des Mordes in der Militärverwaltung schützen soll.

vgl. AW 23.3.94, S.28-31, Tempo 19.3., S.13-22, 26.3., S.83, 14.5., S.39f, 21.5.94, S.73

**Nipah-Staudamm in Madura**

Eine Delegation der Bewohner von Sampang, Madura, auf deren Gemarkung der Nipah-Staudamm errichtet werden soll, ist Mitte Mai in Jakarta eingetroffen, um mit Nachdruck die polizeiliche Verfolgung der Todesschützen zu verlangen, die zu Beginn dieses Jahres vier Dorfbewohner umgebracht haben. Außerdem verlangen sie einen Aufschub der Bauarbeiten bis zum Ende des Gerichtsverfahrens, daß gegen die Erbauer des Staudamms anhängig ist. Hintergrund dieses Protest sind die seit Monaten anhaltenden Auseinandersetzungen um die Enteignung des geplanten Gebiets. Anwohner seien mit Waffengewalt gezwungen worden, ihre Dörfer zu verlassen und auf Entschädigungen zu verzichten. Jüngst wurden Gerüchte in die Welt gesetzt, der charismatische Führer des Widerstandes gegen den Staudamm, Kiai Alawy Mu-

hammad, habe Bestechungsgeld in Höhe von 150 Mio. Rp angenommen.

vgl. Tempo 21.5.94, S.40

**Haft für Präsidenten-beleidigung**

21 Studierende wurden am 18.5. in Jakarta wegen Beleidigung des Staatsoberhauptes zu 6 Monaten Haft verurteilt. Die Verurteilten hatten im Dezember 1994 an Demonstrationen vor dem Parlamentsgebäude teilgenommen und Spruchbänder mit der Aufschrift "Schleppt den Präsidenten vor eine außerordentliche Sitzung der Volksversammlung (MPR)" mitgeführt. Das Wort "schleppen" (seret) werde nur für Gegenstände oder Tiere benutzt, befand das Gericht, und stelle deshalb eine Beleidigung des Präsidenten dar. Einige der Verurteilten haben Berufung gegen das Urteil angekündigt.

vgl. Tempo 28.5.94, S.41

**Umweltbilanz für Indorayon**

Die Zellulosefabrik Indorayon, die in der Vergangenheit durch mehrere Unfälle mit verheerenden Auswirkungen auf die Umwelt in die Schlagzeilen geraten war, muß sich auf Anordnung des Umweltministers Sarwono Kusumaatmadja einer Untersuchung ihrer Umweltbilanz stellen. Die US-Prüfungsgesellschaft Anderson wird in Zusammenarbeit mit dem Institut Teknologi Bandung eine umfassende Analyse der Produktionsprozesse, vom Einkauf über die Technologie bis zu den Abfallprodukten, erstellen. Der Bericht soll der Öffentlichkeit zugeleitet werden und als Grundlage für Modernisierungen der Fabrik, aber auch als Gutachten für anhängige Prozesse gegen Indorayon dienen. Ähnliche Prüfungen stehen auch dem Kupferproduzenten Freeport ins Haus.

vgl. Tempo 14.5.94, S.108

**Umweltsündenregister**

Die Umweltschutzorganisation SKEPHI hat ein Schwarzbuch herausgegeben, das die schwersten Fälle von Umweltzerstörung durch indonesische Firmen im Jahr 1993 dokumentiert. Basis des Handbuchs sind Berichte in der indonesischen Presse, um dem Vorwurf der politischen Einseitigkeit zuvorzukommen. Die Auflistung reicht von Gewässerverschmutzung durch Zellulosefabriken über willkürliche Rodung von Regenwäldern bis hin zu einem Fall von Genozid, den die Firma PT Caltex Pacific Indonesia an den Sakai in Sumatra begeht. Das Wasser von sechs Flüssen im Siedlungsgebiet der Sakai ist durch Einleitungen völlig verschmutzt und auf 80° C aufgeheizt worden. Trotz möglicher Schadensersatzforderungen der beschuldigten Firmen plant SKEPHI, jährlich ein solches Schwarzbuch zu publizieren.

vgl. Tempo 16.4.94, S. 106

**Osttimor-Konferenz belastet Verhältnis Jakarta-Manila**

Die internationale Konferenz über Osttimor, die Ende Mai von der Internationalen Juristenkommission in Osttimor in Zusammenarbeit mit anderen NROs in der University of the Philippines in Manila veranstaltet wurde, hat schon im Vorfeld zu einer Belastung der Beziehung zwischen Jakarta und Manila geführt. Der indonesische Außenminister Ali Alatas hatte von der philippinischen Regierung verlangt, die Konferenz zu verhindern, da es sich dabei um eine politische Kampagne gegen Indonesien handele. Der Sondergesandte des philippinischen Präsidenten, der ehemalige Außenminister Raul Manglapus, hatte zunächst am 16.5. in Jakarta die Anerkennung als 27. Provinz des Nachbarlandes bestätigt und den indonesischen Außenminister der philippinischen Solidarität hinsichtlich der Osttimor-Frage versichert. Zugleich erklärte Manglapus, die philippinische Regierung könne die Konferenz nicht verhindern, da ein solcher Akt gegen die philippinische Verfassung verstieße.

Einen Tag später wurden die Verhandlungen zwischen der philippinischen Regierung und der Moro National Liberation Front in Jakarta, bei denen Indonesien als Gastgeber und Vermittler auftritt, auf unbestimmte Zeit verschoben. Ein Gericht in Manila hatte dann aber einem Antrag der philippinischen Regierung auf Verbot der Konferenz stattgegeben, das erst in letzter Minute durch das Oberste Gericht wieder aufgehoben wurde. Bestehen blieb das Einreiseverbot für 34 Konferenzteilnehmer. Die Befürchtung von Präsident Ramos, die Abhaltung der Konferenz könnte die Beziehung der beiden Länder beschädigen, bestätigte die französische Präsidentengattin Danielle Mitterand, die für France Liberte nach Manila reisen sollte. In Paris sagte sie, Indonesien habe damit gedroht, Wirtschaftsverträge im Wert von 300 Mio. US\$ zu annullieren.

vgl. MDA 19./20.5.94; PDI 15.5.94, Tempo 21.5.94, S.40, FR 1.6.94

**Timor-Forscher bedroht**

Dr. George Aditjondro, Soziologe an der Universitas Kristen Satyana Wacana, Salatiga (Mitteljava) sieht sich wegen seiner Forschung über die Folgen der indonesischen Invasion Osttimors einer Einschüchterungskampagne ausgesetzt. Im März 1994 wurden seine Ergebnisse in der australischen Presse veröffentlicht, nachdem eine Reihe von Aufsätzen über die Situation in der ehemaligen portugiesischen Kolonie in Indonesien selbst nicht publiziert werden durfte. Der Artikel begann mit der Feststellung, es gebe Beweise dafür, daß bei dem Massaker von Santa Cruz im Dezember 1991 nicht nur 50, wie von der Regierung zugegeben, sondern 271 Menschen von der Armee umgebracht wurden. 200 Menschen würden nach wie vor vermißt.

In der Nacht vom 23. März, Aditjondro war gerade von einer Auslandsreise zurückgekehrt, warfen Unbekannte die Fenster seines Hauses auf dem Campus Salatiga ein. Der Rektor der Universität war vom Militärkommando in Zentraljava unter Druck gesetzt worden, den Dozenten zu entlassen und ihn samt seiner Familie der Universität zu verweisen. Sowohl das indonesische Außenministerium als auch die Vorsitzende der Indonesisch-Portugiesischen Freundschaftsgesellschaft, die Präsidententochter Siti Hardianti Rukmana, versuchen, den Soziologen zu diskreditieren und seine wissenschaftliche und persönliche Integrität in Frage zu stellen. Aditjondros Beschäftigung mit Osttimor reicht bis in das Jahr 1974 zurück, als er für das Nachrichtenmagazin Tempo direkt aus Osttimor über die Vorgänge vor und nach der indonesischen Invasion berichtete. Die Vorgänge um den Soziologen zeigen die Bedrohung der akademischen und der Meinungsfreiheit in Indonesien, gerade wenn es um sensible Themen wie die unrechtmäßige Besetzung Osttimors geht.

vgl. IFM 18.3., S.11; TAPOL Bulletin No. 122, S.12

**Suharto läßt weiter über seine Nachfolge spekulieren**

Präsident Suharto hält die Diskussion über seine Nachfolge weiter in Gang. Bei einem Treffen mit dem Nationalen Jugendkomitee Indonesiens Mitte April 1994 erklärte er zum wiederholten Mal, daß er sich 1998 nicht wieder zur Wahl stellen werde, sondern jemand anderes die Verantwortung übernehmen müsse. In den vorausgegangenen Wochen waren Gerüchte laut geworden, Suharto wolle schon vor dem Ende der laufenden Wahlperiode den Präsidentenpalast räumen. Als mögliche Kandidaten für die Nachfolge werden zur Zeit zwei Militärs und ein Zivilist gehandelt: gute Chancen werden dem jetzigen Vizepräsidenten und pensionierten General Try Sutrisno eingeräumt, der seit seiner Zeit als Präsidentenadjutant Suharto treu ergeben ist. Als weiterer Offizier wird der Schwager Suhartos, Wismoyo Arismunandar, genannt, der gegenwärtig Stabschef des



**Suharto und Habibie**

aus: TEMPO v. 5.3.94, S. 33

Heeres ist. Aussichtsreichster Zivilist ist ein anderes Ziehkind Suhartos, der ehrgeizige Forschungsminister J. Habibie. Die Erfahrung der Vergangenheit zeigt, daß Suharto sich letztendlich immer wieder zu einer Kandidatur bereit erklärte und die Zulassung derartiger Spekulationen einer genau kalkulierten Taktik des Präsidenten entspringt, um seine potentiellen Gegner aus der Reserve zu locken.

vgl. Tempo 26.3.94,30, AW 13.4.94, S.20-1

**Streiks in Nordsumatra**

Am 13. und 14. April fanden in Medan, der Hauptstadt der Provinz Nordsumatra mehrere Streiks statt, bei denen mindestens ein Mann zu Tode kam. Die streikenden Arbeiter, Polizeiberichte sprechen von mehreren Zehntausend, demonstrierten vor dem Amtssitz des Gouverneurs und forderten die Aufklärung der Todesumstände ihres Kollegen Rusli, der bei einem Streik Mitte März auf ungeklärte Weise ums Leben gekommen war. Außerdem verlangten sie eine Anhebung des Minimallohns von derzeit 3100 Rp auf 7000 Rp. Der Streik, den die unabhängige Indonesische Arbeiterwohlfahrtsgewerkschaft SBSI als friedliche Demonstration organisiert hatte, geriet bald außer Kontrolle. Demonstranten begannen, Geschäfte zu plündern und Autos von Geschäftsleuten in Brand zu setzen. Am 15.4. wurde der chinesische Unternehmer July Kristanto auf dem Weg zu seiner Fabrik von einer aufgeführten Menge aus seinem Auto gezerrt und zu Tode geprügelt. Dieses Ereignis und die Attacken auf Läden und Häuser von Geschäftsleuten, die zum großen Teil der chinesischen Minderheit angehören, hat den Arbeiterunruhen in der indonesischen Presse das Etikett rassistisch motivierter Auseinandersetzungen eingebracht. Der Anführer des Streiks, Amosi Telaumbanua, Sekretär des SBSI in Medan, und zwei weitere Gewerkschafter wurden wegen Anstiftung zu Unruhen in Polizeigewahrsam genommen. Zuvor waren sie inkognito in Jakarta gewesen, offensichtlich um ein Gentleman's agreement mit den Sicherheitsbehörden über ihre Unversehrtheit zu treffen. Sowohl Telaumbanua als auch der Generalsekretär von SBSI, Muchtar Pakpahan, erklärten, Ziel der Demonstrationen sei ein friedlicher Streik gewesen, der aber möglicherweise von interessierter Seite mißbraucht worden sei. Sofort tauchten Gerüchte auf, das Militär hätte Agents provocateur eingesetzt, um mit Hilfe der Ausschreitungen die zunehmend an Einfluß gewinnende Gewerkschaft zu desavouieren.

vgl. Tempo 30.4., S.21-31, 7.5., S.30-1, 14.5.94, S.33